Nr. 58. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 4. Februar 1896.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Landwirthschaftstag.

I.

Berlin, 4. Februar.

Im großen Sitzungssaal des brandenburgischen Provinzial-Ständehauses (in der Matthäikirchstraße) begannen gestern Vormittag die Verhandlungen der 24. Plenarversammlung des deutschen Landwirthschaftsraths.

Der Vorsitzende, Landes-Hauptmann von Roeder (Ober-Ellguth in Schlesien) eröffnete die Plenarversammlung mit einem dreifachen Hoch auf Seine Majestät den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und die freien deutschen Städte. Sodann theilte derselbe mit, daß der Herr Reichskanzler den Wunsch geäußert habe, die Mitglieder des deutschen Landwirthschaftsraths bei sich zu empfangen.

Bei der Wahl des Bureaus wurden Landes-Hauptmann von Roeder (Ober-Ellguth) zum ersten, Freiherr von Soden (Fraunhofen in Baiern) zum zweiten, Geheimer Landes-Oekonomie-Rath Uhlemann (Görlitz in Sachsen) zum dritten Vorsitzenden, sowie die bisherigen Ausschußmitglieder sämtlich wiedergewählt. Da der bisherige General-Sekretär Dr. Müller in das preußische Ministerium für Landwirthschaft 2c. berufen ist und somit am 1. April seine Stellung als General-Sekretär niederlegt, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden von einer Neuwahl desselben Abstand, und Dr. Dahre als zukünftiger General-Sekretär in Aussicht genommen.

Inzwischen waren der preußische Minister für Landwirthschaft 2c. Freiherr von Hammerstein, der baierische Gesandte Graf von Lerchenfeld-Köfering, der baierische Ministerial-Direktor Freiherr von Herrmann, der baierische Ministerial-Rath Freiherr von Geiger und im Auftrage der königlich sächsischen Staatsregierung der Geheime Ober-Regierungs-Rath Dr. Fischer erschienen. Der Vorsitzende Landes-Hauptmann von Roeder begrüßte die Vertreter der Regierungen und wandte sich insbesondere an den Landwirthschafts-Minister mit dem Bemerken: Wir begrüßen in dem Herrn Landwirthschafts-Minister gleichzeitig unseren ehemaligen Vorsitzenden, dem der deutsche Landwirthschaftsrath stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren wird.

Der Minister für Landwirthschaft 2c. Frhr. v. Hammerstein erwiderte hierauf etwa Folgendes: Meine Herren! Ich danke für die freundliche Begrüßung. Leider werde ich mich an Ihren diesmaligen Verhandlungen nicht sehr betheiligen können, da im Laufe dieser Woche der Etat des preußischen landwirthschaftlichen Ministeriums zur Verhandlung gelangt. Ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß die königlich preußische Staatsregierung Ihren Verhandlungen das größte Interesse entgegen bringt und, wie immer, vollste Würdigung und Beachtung wird zu Theil werden lassen. Soweit es mir möglich sein wird, werde ich an Ihren Verhandlungen theilnehmen und Ihre Wünsche zu fördern bemüht sein. (Lebhaftes Bravo.)

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete: Die Nahrungsmittelkontrolle in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf den Schutz der landwirthschaftlichen Produkte vor dem unlauteren Wettbewerb ihrer Ersatzmittel. Dazu wurde folgende Resolution angenommen:

„Der deutsche Landwirthschaftsrath wolle: 1. sich an die einzelnen Landes-Regierungen mit einer Vorstellung wenden, in welcher dargelegt wird: a) daß eine allgemeinere Durchführung und eine energischere Handhabung der Nahrungsmittelkontrolle im Interesse der Landwirthschaft und der landwirthschaftlichen Nebengewerbe dringend geboten ist, b) daß zur Erreichung dieses Zweckes die Errichtung einer größeren Anzahl öffentlicher Untersuchungsanstalten unerläßlich ist und daß in erster Linie die Errichtung staatlicher Untersuchungsanstalten angestrebt werden soll; 2. sich an die einzelnen Landesregierungen mit der Bitte wenden, zur Beaufsichtigung der Fabriken und Verkaufsstellen für Margarine und Kunstspeisefette, sowie zur Beaufsichtigung des Handels mit Butter und Speisefetten, sachverständige Inspektoren aufzustellen, welchen insbesondere auch die Aufgabe zufallen soll, in allen Theilen ihres Bezirks die Kontrolle des Butter- und Fettmarktes zu organisiren, für die energische und nicht erlahmende Handhabung der Kontrolle Sorge zu tragen und durch fortlaufende Berichterstattung die Behörden von allen Vorkommnissen auf diesem Gebiete unterrichtet zu halten; 3. die den landwirthschaftlichen Versuchsstationen vorgesetzten Behörden zu ersuchen, dahin zu wirken, daß da, wo eine wirksame Kontrolle des Buttermarktes in Folge des Fehlens öffentlicher Untersuchungsanstalten bisher nicht eingerichtet werden konnte, die landwirthschaftlichen Versuchsstationen die erforderlich werdenden Butteruntersuchungen gegen eine möglichst niedrige Untersuchungsgebühr übernehmen; 4. an das kaiserliche Gesundheitsamt die Bitte richten, es möge dahin wirken, daß die von der Nahrungsmittel-Chemikerversammlung in Eisenach am 4. August 1894 beantragte Kommission von Nahrungsmittel-Chemikern, welche der Reichsverwaltung als technischer Beirath dienen soll, bald ins Leben trete und daß in diese Kommission auch ein Vertreter der landwirthschaftlichen Chemie berufen werde."

Die Währungsfrage wurde auf Beschluß des Vorstandes mit Rücksicht auf die Stellung des Bundesraths zu derselben von der Tagesordnung abgesetzt.

In der Frage über Handel und Notirungswesen an den deutschen Schlachtviehmärkten und Einführung des Handels nach Lebendgewicht wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der deutsche Landwirthschaftsrath wolle erklären: I. Die auf der Konferenz vom 6. und 7. November 1895 in Berlin, unter Betheiligung von Vertretern des deutschen Landwirthschaftsraths gefaßten Beschlüsse betreffend: a) die einheitliche Normirung des Begriffes Schlachtgewicht; b) die Eintheilung der Qualitätsgruppen unter Fortfall der gegenwärtig gebräuchlichen Klassifikation sind als zweckmäßig anzuerkennen. II. Es ist anzustreben, daß, nur und so lange nach Schlachtgewicht gehandelt und notirt wird, die Notirung an den betreffenden Viehmärkten auf der unter I bezeichneten Grundlage vorgenommen wird. III. Der deutsche Landwirthschaftsrath erklärt indessen, daß grundsätzlich der Handel und die Notirung nach Lebendgewicht als der dem Interesse der Landwirthschaft meist entsprechende anzusehen und dessen Einführung thunlichst zu fördern ist. Er erklärt sich deshalb für die in der genannten Konferenz in Bezug auf Handel und Notirung nach Lebendgewicht gefaßte Resolution und beschließt: den deutschen Staatsregierungen unter Darlegung der für den Handel nach Lebendgewicht sprechenden Gründe die Bitte vorzutragen: überall nach Analogie der in dem preußischen Gesetz über die Errichtung der Landwirthschaftskammern enthaltenen Vorschrift des § 2 Abs. 4 zu veranlassen, daß den landwirthschaftlichen Interessenvertretungen geeignete Mitwirkung bei der Verwaltung der Märkte und den Preisnotirungen gesichert werde. Den landwirthschaftlichen Zentralvereinen wird nochmals dringend empfohlen: a) in ihren Bezirken für die Einführung des Lebendgewichtshandels, b) für die Beschaffung von Gemeindewaagen in allen ländlichen Gemeinden zu wirken."

Justiz-Rath Reich (Meyken) schlug vor, im Passus III des ersten Absatzes anstatt der Worte: „und dessen Einführung thunlichst zu fördern ist", zu sagen: „mit allen Mitteln zu erstreben."

Nächste Sitzung: Heute Dienstag.

Stöckers Austritt

aus der konservativen Partei hat nun auch die konservative Presse zu längeren Aeußerungen veranlaßt. Die „Kreuz-Ztg." empfindet den Verlust für die Partei auf das schmerzlichste, sie hält Stöcker für einen der verdienstvollsten Männer nicht nur der Partei, sondern des ganzen Vaterlandes, sie schreibt u. A.:

„Daß Stöcker der konservativen Partei nicht mehr angehört, würde man vor nicht langer Zeit kaum haben fassen können. Die unaufhörlichen Auseinandersetzungen in der Presse, zu denen sein Verhältniß zu unserer Partei einerseits, zu den „Christlich-Sozialen" andererseits Anlaß geboten hat, sowie die Verdächtigungen und Verleumdungen aller Art, die sich auf Seiten der gemeinsamen Gegner daran knüpften, in Verbindung mit manchen anderen, hier nicht näher zu berührenden Umständen (!) hatten jedoch ein zuletzt kaum noch erträgliches Unbehagen hervorgerufen, das den Gedanken der Trennung zwar keineswegs leichter gemacht, aber dazu beigetragen hat, daß die Thatsache selber, nun wir sie als solche anerkennen müssen, nicht mit der Wucht eines völlig unerwarteten Eindruckes auf uns wirkt. Die Schmerzlichkeit dieses Eindruckes kann das freilich nicht mindern. Was Stöcker der konservativen Partei fast zwei Jahrzehnte lang gewesen, was seine Arbeit weit über ihren engeren Rahmen hinaus für die Sache nicht nur, sondern für das Vaterland, ja für die Welt (!) bedeutet — das wird uns erst im Augenblick des Scheidens völlig klar; in der ungetrübtesten Deutlichkeit steht es jetzt vor uns da, wie wir es früher kaum gesehen, noch sehen konnten. Unsere Sozialreform, in der wir der gesamten Kulturwelt vorangegangen sind, hängt mit Stöckers Wollen und Wirken auf das innigste zusammen, läßt sich ohne ihn, der Idee nach, gar nicht denken. (?) Das wird ein unsterbliches Verdienst des Mannes bleiben, Niemand soll und kann es ihm jemals rauben. Für die Freiheit und Selbstständigkeit der evangelischen Kirche hat Stöcker, wenn auch nicht mit dem gleichen Erfolge, so doch mit dem gleichen Muth und der gleichen Kraft gekämpft. Sein Scheiden aus unseren Reihen bedeutet nicht, daß er auf immer geht. . . . Mußte denn aber Stöcker sich von den Konservativen, die dieselben Wege gehen, trennen, konnte es nicht bleiben, wie es war? Wohl ist es wahr, wesentliche Meinungsverschiedenheiten lassen sich nicht finden, heute so wenig als bisher. Unter dem Drucke der entstandenen Spannung ließ sich eine gedeihliche Zusammenarbeit innerhalb der altgewohnten Verhältnisse nicht mehr recht denken. Und doch hätte sich das Alles, weil es eben nicht in die Tiefe ging, wieder ausgleichen lassen, wenn nicht die schon erwähnten Beziehungen Stöckers zu den „Christlich-Sozialen" einer Klärung bedurft hätten, die sich, wie die Dinge nun einmal lagen, nicht herbeiführen ließ, oder nicht in dem gewünschten Maße. Als Politiker hat er sein Möglichstes gethan; als Mensch und Freund glaubte er nicht so weit gehen zu dürfen, als von ihm erwartet wurde, und darin eben ist der Rest von Klärungsbedürftigkeit zu suchen, der zu dem entscheidenden Schritte geführt. Was den Ausschlag gegeben hatt, stellt sich also schließlich als ein Moment von gleichsweise untergeordneter Bedeutung dar. Wenn wir es für angezeigt halten dürften, auf das Einzelne näher einzugehen, würde sich sogar zeigen, daß das eigentlich Bestimmende einen ganz zufälligen Charakter trägt. Doch das gehört nicht hierher. Zu ändern ist an dem Geschehenen doch nichts; wozu also über Dinge reden, auf die das Wort minima non curat praetor — paßt. Daß die „Zeitströmung", wie sie durch das kopflose Vorgehen der „Jungen", wenn nicht entfesselt, so doch befördert worden ist und wird, die Kraft darstellt, ohne die nicht geworden wäre, was geworden ist, wissen wir natürlich sehr genau. Wir fassen uns zusammen, indem wir zu Stöcker sagen: Getrennt marschiren, wenn es denn sein muß, aber vereint schlagen nach wie vor."

In ähnlicher Weise läßt sich die hier erscheinende „Pommersche Reichspost" aus, sie sagt:

„Wir erklären offen, daß wir diese Hinausdrängung Stöckers aus dem Vorstand und der Fraktion der konservativen Partei einfach für undenkbar gehalten hatten, daß wir also den Mangel an sozialpolitischem Verständniß in der gegenwärtigen Parteileitung noch bei weitem unterschätzt haben. Man beachte wohl, wie weit Stöcker in seiner Friedensliebe mit seiner angebotenen Erklärung der Parteileitung entgegen gekommen war, und wie der Ausschuß durch die zweite angenommene Erklärung ihn förmlich in ein moralisches Joch hineinzwingen wollte! Kein Mann, der Selbstachtung besitzt, hätte sich das gefallen lassen. Und das wagte man einem Mann wie Stöcker zu bieten!"

Weiter wendet sich das Blatt gegen die Parteileitung und sagt, daß dieselbe die konservative Partei glücklich in eine schwere innere Krisis hineinmanövrirt habe! Die Parteileitung hat der eigenen Partei damit den schwersten Schlag versetzt. Wenn nicht die ganze Partei auseinander brechen soll, so giebt es nach Ermessen des Blattes nur den einen Weg: daß sofort alle diejenigen Konservativen, die an Stöcker und seiner Sozialpolitik, welche in ihrer Klarheit und Besonnenheit im Vergleich zu Naumann so wohlthuend sich abhebt, in unbeirrter Treue festzuhalten gedenken, nunmehr in öffentlichen Versammlungen gegen das Vorgehen der Parteileitung den schärfsten Protest erheben.

Der „Reichsbote" sieht die Sache ruhiger an, er empfiehlt Herrn Stöcker, gänzlich aus der politischen Thätigkeit auszuscheiden, indem er schreibt:

„Stöcker kann unseres Erachtens ebenso wenig als Agitator für eine radikale soziale Partei wirken, wie für eine radikale antisemitische und deshalb halten wir es für das Richtigste, wenn Stöcker sich nunmehr von dem politischen Leben ganz zurückzöge und sich auf seine geistliche Thätigkeit und auf sein Wirken auf dem Gebiete der inneren Mission beschränkte und dadurch auch den Geistlichen, welche in Gefahr stehen, sich in sozialpolitische Bestrebungen zu verlieren, wieder zurecht hülfe."

Die „Nat.-Lib. Korresp." schreibt: „Die „Freis. Ztg." behauptet fälschlich, Herr Stöcker sei von Konservativen und Nationalliberalen in den Landtag gewählt worden. In Wirklichkeit haben die Nationalliberalen im Jahre 1893 die Wiederaufstellung Stöckers in seinem damaligen Wahlkreise Bielefeld unmöglich gemacht und ihm in Minden, wo er nun kandidirte, eine aussichtsvolle eigene Bewerbung entgegengestellt. Ihr Kandidat blieb nur um 35 Stimmen hinter Herrn Stöcker, der 206 Stimmen erhielt, zurück. Auch bei den Wahlen des Jahres 1888 war Stöcker durch einen nationalliberalen Kandidaten bekämpft worden und zwar, was die „Freis. Ztg." doch wissen sollte, im Verein mit den Deutsch-Freisinnigen."

Die konservativen Blätter veröffentlichen folgende Erklärung: „Die Prozedur des Eifer-Ausschusses der Konservativen gegen den Hofprediger a. D. Adolf Stöcker widerspricht meinen konservativen Traditionen. Ich erkläre demnach meinen Austritt aus der konservativen Partei, welcher ich mehr als 40 Jahre angehörte. Berlin, den 3. Februar 1896. Louis Krug von Nidda, Mitglied des Reichstages von 1884—1887."

Wie von mehreren Seiten gemeldet wird, stimmte in der Angelegenheit Stöcker neben diesem als zweiter das Herrenhausmitglied Freiherr von Durant gegen die Mehrheit des Eifer-Ausschusses.

Deutschland.

Berlin, 4. Februar. Der kommandirende General des 3. Armeekorps, Prinz Friedrich von Hohenzollern, ist, wie bereits gemeldet, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt.

Prinz Friedrich von Hohenzollern, geboren am 25. Juni 1843 zu Inzighofen bei Sigmaringen, ist der dritte Sohn des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen. Am 12. April 1870 wurde Prinz Friedrich Eskadrons-Chef im 1. Garde-Dragoner-Regiment, in dessen Reihen er den Feldzug gegen Frankreich mit Auszeichnung mitmachte. Major wurde der Prinz am 22. März 1872, fünf Jahre später, am 22. März 1877, Oberst-Lieutenant, am 15. September desselben Jahres Kommandeur des 1. Garde-Dragoner-Regiments und am 16. September 1881 Oberst. Nachdem er am 12. Februar 1884 mit der Führung der 3. Garde-Kavallerie-Brigade beauftragt worden war, wurde er am 4. Dezember 1884 Kommandeur dieser Brigade und am 22. März 1887 unter gleichzeitiger Stellung à la suite des 2. Garde-Dragoner-Regiments Generalmajor. Am 17. Juni 1889 wurde der Prinz, der vom 22. März dieses Jahres ab à la suite der Armee gestanden hatte, mit der Führung der 22. Division beauftragt, deren Kommandeur er unter gleichzeitiger Beförderung zum Generallieutenant am 24. März 1890 wurde. Am 13. Oktober 1893 erhielt Prinz Friedrich als Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Generals von Versen das Kommando des 3. Armeekorps und wurde in dieser Stellung am 28. August 1894 bei Gelegenheit einer Besichtigung der fünften Division durch den Kaiser zum General der Kavallerie befördert.

Am Donnerstag wird sich der Prinz als Vertreter des Kaisers nach Brüssel begeben, um den dortigen Vermählungsfeierlichkeiten beizuwohnen.

— Der Direktor bei dem Reichstage, Geh. Regierungsrath Knack, hat ein Verzeichniß der dem Reichstage vorliegenden Berathungsmaterialien ausgegeben. Danach sind zur Berathung gestellt 20 Vorlagen, 37 Initiativanträge. Zur Kenntnißnahme sind 10 Vorlagen dem Reichstage überwiesen worden. Unter den 20 Vorlagen befinden sich die erste Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches, die Interpellation wegen der gemischten Transitläger, zweite Berathung des Etats, Berathung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, betreffend die Errichtung von Handwerkskammern, eines Börsengesetzes, eines Depotgesetzes, des Entwurfes, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung, der Novelle zur Gewerbeordnung (alle diese sechs Vorlagen in der Kommission) u. s. w. Das Zentrum hat drei Initiativanträge gestellt, die Deutsch-Konservativen und die Reichspartei haben vier eingebracht, die Nationalliberalen einen, die Freisinnigen vier, die Sozialdemokraten vierzehn, die deutschsoziale Reformpartei sieben, die Elsaß-Lothringer zwei. Sonst existiren noch zwei Zusatzanträge, der Antrag Ancker wegen Vorlegung des Reichsgesetzes über die Abgrenzung der Wahlkreise und der Antrag Paasche auf Abänderung des Zolltarifgesetzes.

— Der russische „Regierungs-Anzeiger" hat am 5. Dezember v. J. eine Veröffentlichung der besonderen Kanzlei für Kreditwesen gebracht, die auch für die deutschen Lotterie-Unternehmer und Kollekteure Interesse bietet. Sie lautet in Uebersetzung:

„Angesichts der in letzter Zeit unter dem Publikum verbreiteten, von verschiedenen ausländischen Bankier- und Expeditions-Komtoiren versandten Prospekte und Bekanntmachungen, in welchen das russische Publikum zur Erwerbung von Loosen verschiedener ausländischer Geldlotterien (der Hamburger, sächsischen, Mecklenburg-Schwerinschen 2c.) eingeladen wird, hält sich die Besondere Kanzlei für Kreditwesen verpflichtet, zur Kenntniß aller derjenigen zu bringen, denen derartige Prospekte zugegangen sind, daß kraft Art. 822 und 884—888 des Zoll-Reglements, Ausgabe vom Jahre 1892, die Einfuhr von ausländischen Lotterie-Billetten und Promessen bedingungslos verboten ist und daß solche, falls sie innerhalb der Grenzen Rußlands oder in der Korrespondenz aufgefunden werden, sofort konfiszirt und vernichtet werden."

— Die Darstellung der Entwickelung der Kleinbahnen in Preußen seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892, welche im Februarheft der Zeitschrift für Kleinbahnen veröffentlicht wird, bezeichnet als die charakteristischen Züge der Entwickelung dieser Periode neben dem im Ganzen sehr viel kräftigeren Fortschritt das starke Ueberwiegen des Betriebes mit Maschinenkraft, die stärkere Einführung der Schmalspur und vor Allem die Verlegung des Schwerpunktes von den dem Personenverkehr dienenden Bahnen in den Städten und deren Umgebung in die dem Personen- und Güterverkehr von Ort zu Ort im Interesse von Handel, Industrie und Landwirthschaft dienenden Bahnen. Sie kommt ferner an der Hand der 181 noch bei den Behörden anhängigen Anträge auf Genehmigung von Kleinbahnen, deren Herstellung den bis zum 1. Oktober 1895 vorhandenen Bestand an im Betriebe befindlichen oder in der Ausführung begriffenen Kleinbahnen mehr als verdoppeln würde, zu dem Schlusse, daß in der Folge jene charakteristischen Merkmale noch stärker hervortreten werden.

Neben diesen Merkmalen wird außerdem als besonders bemerkenswerth die außerordentliche Verschiedenheit der Entwickelung in den verschiedenen Landestheilen hervorgehoben. Dies gilt namentlich von den Bahnen, welche dem Verkehr von Ort zu Ort im Interesse von Handel und Industrie oder Landwirthschaft dienen. Von den 19 Kleinbahnen der erstgedachten Art fallen nicht weniger als 8 auf die Rheinprovinz, die Mehrzahl der übrigen auf Sachsen, Westfalen und Hessen-Nassau. Noch ungleicher ist die Vertheilung der 38 Bahnen, welche vorwiegend dem Verkehr im Interesse der Landwirthschaft dienen. Von diesen fallen allein 15 auf die Provinz Pommern und 7 auf die Provinz Brandenburg. Außerdem sind noch betheiligt: Sachsen mit 5, Posen mit 4, Schlesien mit 3 und Hannover und Schleswig-Holstein mit je 2 Bahnen. Dagegen entbehren nicht nur die drei Westprovinzen und die hohenzollerischen Lande, sondern auch Ost- und Westpreußen noch jeder Kleinbahnen für den landwirthschaftlichen Verkehr. Für den Westen verspricht die von dem Kreise Höxter geplante Kleinbahn, über deren Subventionirung aus dem 5 Millionenfonds in der Nummer der Kleinbahnzeitschrift berichtet wird, bahnbrechend zu wirken. Zum Theil hängt diese Verschiedenheit der Entwickelung ohne Zweifel mit dem Maße finanzieller Förderung zusammen, welche die Provinzen den nur zu häufig ohne Beihülfe aus öffentlichen Mitteln nicht wohl ausführbaren Bahnen im landwirthschaftlichen Interesse zu Theil werden lassen. Pommern und Brandenburg, wo die Provinzialverwaltungen sehr viel in dieser Hinsicht thun, stehen weit voran und Hannover, wo die Provinz neuerdings unter Aufnahme einer Anleihe von 15 Millionen Mark diesem Beispiele folgte, dürfte diesen Provinzen bald gleichkommen, während Westpreußen, wo die Provinz noch nichts thut, ganz zurückgeblieben ist. Daß außerdem auch das Vorhandensein einiger Lücken in dem Staatsbahnwesen hinderlich wirkt, ist von dem Herrn Finanzminister bei Einbringung des Etats bereits hervorgehoben worden.

— Wie verlautet, ist die Zuckersteuervorlage vom Bundesrathe mit unwesentlichen Aenderungen angenommen worden. Bei der erstmaligen Kontingentirung sollen alle die Fabriken mit berücksichtigt werden, welche bereits vorher im Bau begriffen gewesen sind. Wie es scheint, ist der Bundesrath nicht geneigt gewesen, weitere wesentliche Aenderungen an der Vorlage vorzunehmen, nachdem dieselbe bereits Gegenstand eingehender Berathung und Beschlußfassung der verschiedenen Interessentengruppen geworden ist. Aus den Erklärungen des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky im Landesökonomiekollegium und im Reichstage geht aber unzweifelhaft hervor, daß die verbündeten Regierungen über die höhere Normirung des Gesamtkontingents, einen anderen Vertheilungsmodus des Kontingents, z. B. nach der höchsten Leistung in einem der letzten 5 Jahre, sowie das Verfahren bei der Rückerstattung überzahlter Ausfuhrschüsse sich zu Vereinbarungen werden bereit finden lassen, welche den Wünschen der Interessenten und namentlich derjenigen der östlichen Provinzen entsprechen. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Rübenabschlüsse dürfte es wesentlich sein, daß der Reichstag das Gesetz mit äußerster Beschleunigung zur Berathung zieht, damit Fabriken und Rübenlieferanten wissen, an was sie sich zu halten haben.

Oldenburg, 3. Februar. Die Hoftrauer ist auf die Dauer von 24 Wochen bemessen, die Landestrauer bis nach der Beisetzung; während dieser Zeit dürfen keine öffentlichen Lustbarkeiten stattfinden. Die Leiche der Großherzogin ist im Betsaale des Palais aufgebahrt, die Beisetzungsfeier soll am Freitag, den 7. d., Vormittags 10 Uhr, stattfinden. Heute und morgen werden Trauerfeiern in den Schulen abgehalten. Wie soeben verlautet, soll der Kaiser zur Beisetzung am Freitag Morgen hier eintreffen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Februar. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Sofia, Ministerpräsident Stoilow habe nach seiner Audienz beim Prinzen Ferdinand die Mittheilung gemacht, Prinz Ferdinand habe bei seiner Zustimmung zu dem Uebertritt des Prinzen Boris sich vorbehalten, alle hiermit zusammenhängenden Fragen persönlich zu entscheiden, da er diese Fragen als rein persönliche, nicht als Angelegenheiten der Regierung auffasse.

Lemberg, 3. Februar. Der Landtag nahm einen Antrag des Sonderausschusses für die Auswanderungsfrage an, wonach eine Resolution gefaßt werden soll, in welcher der Landesausschuß aufgefordert wird, auch fernerhin die Auswanderungsbewegung im Lande zu beaufsichtigen und im Einvernehmen mit der Regierung für möglichst energische Abwehr des Einflusses schädlicher Faktoren zu sorgen; ferner wird in der Resolution die Regierung aufgefordert, die Auswanderungsagenten streng zu beaufsichtigen, die vorkommenden Mißbräuche strengstens zu ahnden und eine Novelle zum Strafgesetzbuche einzubringen, durch welche die unberechtigte Vermittelung und die Ermunterung zur Auswanderung verhindert wird. Der Vertreter der Regierung betonte, daß die Behörden bei der Ausfertigung von Reisepässen für Auswanderer ganz vorschriftsmäßig verfahren, und daß die Regierung bestrebt ist, den schädlichen Einflüssen der Auswanderungsagenten entgegenzuwirken.

Schweiz.

Bern, 3. Februar. Am 1. Februar waren es 25 Jahre, daß die Armee Bourbaki's mit 83 000 Mann und 10 000 Pferden sich nach der Schweiz flüchtete. Die Schweizer Zeitungen betonen in ihren Erinnerungsartikeln, die militärischen Verbesserungen, die General Herzog damals forderte, seien heute noch nicht alle durchgeführt.

Frankreich.

Gegen die Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 hat sich in Frankreich selbst Opposition geltend gemacht, nachdem ursprünglich die gesamte französische Presse einmüthig für das Projekt eingetreten war. Allerdings war damals davon die Rede, daß Deutschland eine solche Ausstellung plane, und dem sollte ein Paroli gebogen werden. Inzwischen sind mannigfache Bedenken aufgetaucht, die sich unter anderem auch gegen die in den ausgearbeiteten Plänen kundgegebene Absicht richteten, das großartige Straßenbild der Champs Elysees durch dauernde Neukonstruktionen zu verunstalten. Dann war von wesentlichen Einschränkungen die Rede, die nunmehr den Widerspruch der hauptsächlichen Industriellen der Hüttendistrikte im nördlichen und östlichen Frankreich veranlaßt haben. Eine Delegation dieser Industriellen ist vor einigen Tagen vom französischen Handelsminister Mesureur empfangen worden und hat ihre Wünsche vorgetragen. Hervorgehoben wurde, daß unter der Bevölkerung der Hüttendistrikte wegen der in einigen Departements gegen die Ausstellung erhobenen Bedenken große Erregtheit herrsche. Die Delegirten wiesen zugleich auf die Erwägungen hin, aus denen die vollständige Aufrechterhaltung des ursprünglichen Programms geboten erscheine. Abgesehen von der nationalen Eigenliebe, die ein Zurückbleiben hinter den früheren Ausstellungen nicht zulassen würde, solle die Weltausstellung nach dem ursprünglichen Projekte den Arbeitern in den in Betracht kommenden Industriebezirken ausreichende Beschäftigung sichern, an der es gegenwärtig mangle. Der Handelsminister Mesureur wurde schließlich ersucht, sich zum Dolmetsch der ihm übermittelten Wünsche beim Parlamente zu machen.

Paris, 3. Februar. Die Kammer begann heute die Debatte über den Bericht der Enquetekommission, die vor etwa dreiviertel Jahren eingesetzt wurde, um zu untersuchen, ob der Exminister Raynal in Folge des Abschlusses der Konventionen mit den Eisenbahngesellschaften in Anklagezustand zu versetzen sei. Die Kommission hat bekanntlich Raynal von jeder Schuld freigesprochen.

Der erste Redner ist der konservative Deputirte Berry, der die Gründe darlegt, weshalb er vierundzwanzig Stunden nach Beginn der Kommissionsberathungen aus der Kommission ausgeschieden ist. Er erklärt, die Kommission habe seine Forderung, völlige Klarheit in der Angelegenheit der Konventionen zu schaffen und alle Verantwortlichkeiten festzustellen, abgelehnt. Sie habe ferner die Geheimhaltung der Berathungen beschlossen. Die Untersuchung sei daher unvollständig geblieben. Wenn es so weiter gehe, werde die Kammer eine „Gesellschaft zur gegenseitigen Bewunderung" werden. (Lebhafter Beifall. Heiterkeit links.)

Für den seit langer Zeit leidenden Millerand, den Hauptankläger Raynals, spricht dann aus dem sozialistischen Lager Rouanet: Die Kommission habe ihre Pflicht nicht begriffen. Ein Mitglied habe sagen können, wir sind nicht hier, um den Fall zu untersuchen, sondern um Raynal zu entschuldigen. (Lärm. Protestrufe im Zentrum. Stürmischer Beifall auf den äußersten Flügeln.)

Der Kommissionsberichterstatter Darlan ruft: Sie begehen einen Irrthum.

Rouanet giebt dann an der Hand vielen Dokumentenmaterials eine lange historische Darstellung der Beziehungen zwischen dem Staat und den großen Eisenbahngesellschaften. Interessant sind einige, besonders gegen die Gesellschaft der Ostbahn gerichtete Angriffe wegen ihres Verhaltens und wegen ihrer mangelhaften Leistungen während des Krieges 1870. Nach der Niederlage hätten alle Gesellschaften dem Staate phantastische Rechnungen präsentirt. (Lauter Beifall links. Unruhe im Zentrum.)

Baudry d'Asson ruft: Reden Sie doch von der Kommune!

Rouanet bespricht darauf die Haltung der Gesellschaften nach dem Kriege, wo sie stets die Verbündeten der Reaktion gewesen seien. Die republikanische Partei habe einen langen Kampf gegen die Gesellschaften geführt. Die Gesellschaften hätten sich mit allen Mitteln der Korruption gewehrt. Ihre Intriguen haben den Sturz des Ministeriums Gambetta herbeigeführt.

Welche Gründe hätten der Minister Raynal und sein Unterstaatssekretär Baihaut gehabt, wenige Monate darauf vor den Gesellschaften zu kapituliren und Konventionen abzuschließen? Man sage, in jenen Tagen nach dem Krach von 1882 sei der Abschluß für das Land geboten und vortheilhaft gewesen. Der Redner leugnet das, bittet aber, die Begründung morgen vorbringen zu dürfen, da er heute bereits zu erschöpft sei. Die Fortsetzung der Rede Rouanets und der Debatte wird darauf auf morgen vertagt.

Italien.

Rom, 3. Februar. Die „Opinione" erklärt das Gerücht von einer Expedition nach Harrar für unbegründet.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 3. Februar. In der heute bei der Eröffnung des Storthings verlesenen Thronrede spricht der König die Hoffnung aus, daß, wie die beiden Reiche sich bisher volle Frei-

heit des Handelns wahrten, ohne irgendwie fremde Mächte zu ersuchen, während eventueller Streitigkeiten und Verwickelungen Hülfe zu leisten, es den Vertretern des Landes auch künftig vergönnt sein werde, solche völlig unabhängige Haltung einzunehmen. Er hoffe ferner, daß das Unionskomitee, welches zusammengetreten sei, eine Uebereinkunft zum dauernden Glück der beiden Völker anbahnen werde.

Serbien.

Belgrad, 3. Februar. Die Skupschtina nahm den Antrag der Regierung an, sie zu ermächtigen, bei temporären Ausfuhrverboten für die Ausfuhr von Schweinen außerordentliche Erleichterungen im Verordnungswege zu gewähren. — Die Skupschtina nahm sodann in der Generaldebatte das ganze Budget an. Dasselbe schließt in den Einnahmen mit 63 659 720 Dinar und in den Ausgaben mit 63 356 906 Dinar ab. Mit diesem Budget werden gegenüber demjenigen vom Jahre 1894 faktisch 9½ Millionen erspart. Das Einnahmebudget wurde darauf auch in der Spezialdebatte angenommen.

Bulgarien.

Sofia, 3. Februar. Die bezüglich des Uebertritts des Prinzen Boris angekündigte Proklamation wird voraussichtlich erst morgen erscheinen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Februar. Wir haben bereits mitgetheilt, daß in der gestern abgehaltenen Versammlung der Konfektionsschneider und Näherinnen beschlossen wurde, mit dem heutigen Tage in einen Generalstreik einzutreten. In der Versammlung wurde weiter bemerkt, daß nach Eintritt in den Generalstreik die hiesigen Konfektionsfirmen wahrscheinlich ihrerseits Aussperrung eintreten lassen würden, diese Annahme ist jedoch irrig, soviel uns bekannt, sind die Inhaber dieser Firmen gewillt, Denen, welche sich an dem Streik nicht betheiligen wollen, auch fernerhin fortgesetzt Arbeit zu geben. Stettin ist für die Konfektions-Branche sehr bedeutend und die Zahl der von dem Streik Betroffenen ist nicht klein, man kann dieselben wohl auf ca. 10 000 Personen berechnen. Gleichzeitig nahmen gestern Abend auch in Berlin die Konfektionsschneider und Näherinnen zu der Lohnbewegung Stellung, es waren in 14 Sälen öffentliche Versammlungen anberaumt, welche durchweg überfüllt waren. Es sind dieselben Forderungen wie in Stettin aufgestellt und auch dort haben die Versammlungen der Lohnkommission mit den Konfektionsfirmen resp. den Zwischenmeistern kein günstiges Resultat erzielt. Von dem Eintritt in einen Streik ist jedoch einstweilen abgesehen, doch erscheint es zweifellos, daß mit Schluß dieser Woche auch in Berlin der Generalstreik proklamirt werden dürfte, denn in sämtlichen Versammlungen gelangte folgende Resolution zur fast einstimmigen Annahme: „Die heute Versammelten erklären, daß die Verhältnisse in der Konfektions-Industrie für die Arbeiter und Arbeiterinnen unerträgliche geworden sind und daß deshalb eine Aenderung derselben mit allen zuläßigen Mitteln erstrebt werden muß. Die vollkommene Abhängigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen von den Zwischenmeistern, der Zwang zu unerträglich langer Arbeitszeit in den ungesundesten Räumen, die gänzlich ungenügende Entlohnung zeitigt das tiefste geistige, sittliche und wirthschaftliche Elend. Die Gesetzgebung hat sich ihrer offenkundigen Verpflichtung, hier bessernd einzugreifen, entzogen und somit die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen, blos auf ihre eigene Kraft zu vertrauen und mit den Krebsübeln der Konfektion den Kampf aufzunehmen. Deshalb beschließen die Anwesenden, ihre Forderungen mit allen irgend zuläßigen Mitteln durchzusetzen. Wir wollen aber den Kampf nicht um des Kampfes wegen, wir wollen, wenn es irgend geht, in friedlicher Verhandlung die schwebenden Differenzen zum Austrag bringen und noch einen letzten Versuch machen, uns mit den Großkonfektionären über die aufgestellten Forderungen zu einigen. Die letzte Konferenz konnte nicht zum Ziele führen, da die Großkonfektionäre sich über unsere Forderungen noch nicht äußerten und die anwesenden Zwischenmeister nicht als die berufenen Vertreter der Berliner Konfektions-Industrie erscheinen konnten. Sollte über unsere Forderungen bis zum 9. Februar keine Einigung erzielt werden, so verpflichten sich alle Anwesenden, den ihnen aufgezwungenen Kampf dann sofort aufzunehmen, und ihn auch mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit zu einem glücklichen Ende zu führen."

— Wir machen darauf aufmerksam, daß die Aushändigung der neuen Zinsbogen zu Reichsbank-Antheilen nur bis zum 15. d. M. durch die hiesige Reichsbankhauptstelle kostenlos erfolgt.

— Wir weisen noch einmal auf das heute stattfindende Benefiz des Herrn Kapellmeisters Chemin-Petit hin. Das Publikum wird zweifellos durch einen zahlreichen Besuch der interessanten Vorstellung dem hochverdienten Benefizianten seine Anerkennung aussprechen.

* In der Nacht zum letzten Januar wurde ein Wirthschaftskeller des Hauses Bogislavstraße Nr. 38 erbrochen und daraus Feuerungsmaterialien und Kartoffeln gestohlen.

* Vom Hof des Hauses Pladrinstraße 17 verschwand am 24. Januar ein Handwagen ohne Firmenschild, dem Kaufmann Moritz Wolfen gehörig. Man nimmt an, daß der Wagen von einem Unberufenen benutzt worden und nachher stehen gelassen sei.

* Aus einer Oberwiek 18 auf dem Hofe belegenen unverschlossenen Werkstatt wurde am 31. Januar Nachmittags dem Maler Max Schmeling ein Niederrad im Werthe von 200 Mark gestohlen. Das Rad trägt die Nummer 1011, der vordere Luftreifen ist etwas beschädigt.

* Bei dem hiesigen königl. Standesamt kamen im Januar 1896 zur Eintragung 396 Geburten (gegen 464 in demselben Monat des Vorjahres), 301 Sterbefälle (306), 59 Eheschließungen (68), und 73 Aufgebote (78).

— Es sei auch an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Erneuerung der Loose zur 2. Klasse der 194. kgl. preuß. Klassenlotterie bis Donnerstag, den 6. d. M., Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts stattfinden muß.

— Ueber das Vermögen des Goldarbeiters Wilhelm Barth hierselbst, Lindenstraße 30, ist das Konkursverfahren eröffnet. Zum Verwalter der Masse ist Kaufmann H. Fritze ernannt. Anmeldefrist: 10. März.

— Ein Gebrauchsmuster ist eingetragen für die Firma Gebrüder Gawron hierselbst auf eine Planzug-Klauen-Kupplung durch Kammzapfen und Stirnrad mittels Hebel verstellbar.

Aus den Provinzen.

Greifswald, 3. Februar. Für den verstorbenen Professor der Augenheilkunde, Geh. Medizinal-Rath Professor Dr. Schirmer fand, wie die „Greifs. Ztg." mittheilt, am Sonnabend im Auditorium der hiesigen Augenheilanstalt eine Gedächtnißfeier statt. Das Auditorium war von Studirenden und ehemaligen Schülern bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Sohn des Verblichenen, der jetzige Direktor der Augenheilanstalt, hielt eine ergreifende Ansprache, in welcher er auf die Verdienste des Verstorbenen als Mensch und Gelehrter hinwies.

† **Stralsund**, 3. Februar. Die hiesigen städtischen Behörden haben eine Ermäßigung des Preises für Kraft-, Koch- und Heizgas beschlossen, der Rath hat eine solche von 13 auf 12 Pf. vorgeschlagen, das bürgerschaftliche Kollegium hat dem zugestimmt, aber dabei erklärt, daß es auch mit einer Herabsetzung um 3 Pf. einverstanden sein würde.

♂ **Bütow**, 3. Februar. Der seit 10 Jahren in unserer Stadt als erster Seelsorger und Kreisschulinspektor wirkende Herr Superintendent Paul Neumann ist am Sonnabend Abend nach langer, sehr schwerer Krankheit im Alter von 51 Jahren gestorben. — Am 30. Januar brannte in Strussow bei Borntuchen das Schulhaus ab. Das Feuer kam in der Morgenstunde auf der Oberstube aus und griff so schnell um sich, daß das Gebäude, welches Strohdach hatte, total vernichtet wurde und die Lehrerfamilie nur das nackte Leben rettete. Gebäude und Mobiliar sind durch Versicherung gedeckt.

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts.

Nach einer Entscheidung des Ersten Senats des Oberverwaltungsgerichts vom 20. Dezember 1895 hat das Gesetz vom 11. Juli 1891, betreffend Abänderung der §§ 31, 65 und 68 des Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 (G.-S. S. 130) die außerordentliche Armenlast bezüglich der der Anstaltspflege bedürftigen Geisteskranken 2c. dahin geregelt, daß es die Landarmenverbände zur Aufnahme, Bewahrung, Kur und Pflege dieser Personen verflichtet (§ 31). Nur auch die Verpflichtung zur Tragung der hierdurch entstehenden Kosten ist Gegenstand weiterer Bestimmungen des Gesetzes (§§ 31a und 31b). Die Pflicht zur Tragung der Kosten, welche nicht durch die Aufnahme, Bewahrung, Kur und Pflege der fraglichen Personen in den Anstalten der Landarmenverbände entstehen, fällt — abgesehen etwa von dem Falle der Säumigkeit eines Landarmenverbandes in Erfüllung der ihm durch das Gesetz vom 11. Juli 1891 übertragenen Pflicht — überhaupt nicht unter die Vorschriften des erwähnten Gesetzes; diese Pflicht regelt sich vielmehr nach den allgemeinen Vorschriften des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870, insbesondere den §§ 28, 30 desselben. Deshalb fallen die Kosten der Ueberführung eines hülfs- und der Anstaltspflege bedürftigen Geisteskranken 2c. dem überführenden Ortsarmenverbande zur Last. Und dasselbe gilt auch von den Kosten für Beschaffung der reglementmäßigen Bekleidung einer solchen Person.

Das Oberverwaltungsgericht (1. Senat) hat in einem Erkenntnisse vom 10. Dezember 1895 wiederholt ausgesprochen: Die Handlungen eines der Polizeibehörde unterstellten Beamten können nur dann als polizeiliche Verfügungen im Sinne der §§ 127 und 128 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 angesehen und mit den in den angeführten Gesetzesstellen gegebenen Rechtsbehelfen angegriffen werden, wenn sie von der Polizeibehörde selbst, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend ratihabirt werden, aber nicht, wenn sie von dieser gemißbilligt sind. Geschieht dies, so verlieren die von dem Polizeibeamten vorläufig getroffenen polizeilichen Maßregeln von selbst ihre Geltung; es fehlt daher an einem Gegenstande der Anfechtung. Dies gilt insbesondere auch von denjenigen Handlungen, in denen ein Reviervorsteher (des Polizeipräsidiums in Berlin) Auftrag ertheilt hat; denn die Reviervorsteher sind nicht Vertreter der Ortspolizeibehörde, sondern deren Organe; auch ihre Maßregeln haben nur einen vorläufigen Charakter und treten von selbst außer Kraft, wenn sie von der Ortspolizeibehörde gemißbilligt werden.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 3. Februar. In Haft genommen wurde, wie ein Berichterstatter meldet, der ehemalige Bureau-Vorsteher des Dr. Fritz Friedmann, Ramin, nachdem es sich herausgestellt hat, daß er verschiedener Strafthaten sich schuldig gemacht, u. A. eines Schwindels, bei dem das Telephon eine Rolle spielte. Eines Tages ertönte am Fernsprechapparat eines bekannten hiesigen Fabrikanten B. das Glockenzeichen, und auf B.'s Anfrage: „Wer dort?" lautete die Antwort „Fritz Friedmann". Dem B. wurde nun mitgetheilt, daß der berühmte Vertheidiger zum Zwecke einer auswärtigen Vertheidigung schnell eine Reise unternehmen müsse, zu welcher ihm leider das Geld fehlte, weswegen er gezwungen sei, Herrn B. um ca. 500 Mark zu bitten. B. kannte die Verhältnisse des Dr. Friedmann nur zu gut, um dieser Telephonmeldung nicht Glauben schenken zu sollen. Er sagte deshalb das Darlehen zu und erklärte, Friedmann solle sogleich Jemanden schicken und das Geld holen lassen. Bald darauf erschien denn auch Ramin und erhielt das Geld, um es in die eigene Tasche zu stecken. Außer dieser That hat Ramin noch andere Unterschlagungen auf dem Kerbholz. Es ist bereits die Anklage wegen Betrugs, Unterschlagung und Urkundenfälschung gegen ihn erhoben worden.

— Für die Besucher der Berliner Gewerbeausstellung stehen noch weitere Vergünstigungen auf den Eisenbahnen als die bisher bekannt gemachten in bestimmter Aussicht. Die Verfügung der königl. Eisenbahndirektion in Berlin, wonach an einem oder zwei Tagen in der Woche Fahrkarten zum einfachen Fahrpreise ausgegeben werden sollen, ist vielfach unrichtig ausgelegt worden. Diese ist so zu verstehen, daß für Benutzung von Schnellzügen Schnellzugspreise und von Personenzügen Personenzugspreise erhoben werden sollen. Nur wenn die Reisenden Züge benutzen, die auf einem Theil Personen-, auf dem anderen Schnellzugsverkehr haben, müssen die vollen Schnellzugspreise entrichtet werden. Die Ausgaben von ermäßigten Billets sind nur auf einen oder zwei Tage in der Woche festgesetzt. Es schweben bereits Verhandlungen zum Zwecke der Genehmigung der Freigabe der ermäßigten Fahrkarten an mindestens zwei Tagen in der Woche und es liegt auch in der Absicht, die Vergünstigung auf alle Tage in der Woche auszudehnen, für den Fall, daß der Verkehr während der Dauer der Gewerbeausstellung so große Dimensionen annehmen sollte, daß nicht alle Reisende, die Berlin besuchen wollen, an zwei bestimmten Tagen in der Woche befördert werden könnten. In keinem Falle liegt ein Grund zu der Befürchtung vor, daß die Vergünstigung hinfällig werden könnte, wenn auf verkehrsreichen Strecken die Benutzung der Schnellzüge ausgeschlossen werden sollte, wie es in der Verfügung lautet. Es würden die Reisenden dann vielmehr durch Vor- oder Nachzüge befördert werden. Für die weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung beabsichtigt die königliche Eisenbahnverwaltung an allen Sonntagen Sonderzüge einzulegen, für die Fahrkarten zu einem Drittel des gewöhnlichen Fahrpreises ausgegeben werden sollen. Diese Einrichtung verfolgt zugleich auch den Zweck, der Gewerbeausstellung den von ihr gewünschten Massenbesuch aus den nahe gelegenen Orten zu sichern. Mit den süddeutschen Eisenbahnverwaltungen ist die königliche Eisenbahndirektion in Berlin wegen gleicher Fahrerleichterung, wie sie hier bewilligt werden soll, in Verbindung getreten und dürften auch die Unterhandlungen von günstigem Erfolge begleitet sein. Von ausländischen Bahnen haben sich schon die holländische Eisenbahngesellschaft und die Direktion der Great Eastern Railway bereit erklärt, vierzehntägige Retourbillets von London nach Berlin während der Dauer der Ausstellung auszugeben.

— Eine Reihe lustiger Feldzugserinnerungen erzählt der „Schl. Ztg." ein Leser: „Es war am 27. Januar 1871, als wir vor Paris lagen und ich mit meinen Leuten einen Patrouillengang nach St. Cloud zu unternehmen hatte. Während nahezu fünf Monaten hatte das Gewehrfeuer bei den Vorposten eigentlich nie geruht, und das Feuer aus den schweren Festungsgeschützen hatte den Baß dazu gebrummt. An dem genannten Tage herrschte im schroffen Gegensatz hierzu eine Todtenstille; Nachts 12 Uhr war das Feuer auf beiden Seiten eingestellt worden. Bei meinen Leuten befand sich ein Füsilier Daniel, seines Zeichens Maurer, aus dem Kreise Lauban, welcher der 9. Kompagnie 2. niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 47 schon über manche schwere Stunde durch seinen unverwüstlichen Humor hinweggeholfen hatte. Diesem Füsilier wurde die Ruhe unheimlich, und er äußerte zu seinen Kameraden: „Nee doß se aber au gar nie meh schießa, dos is doch grode als wenn Eener ane Uhr ei dar Stubo hoat, die nie ufgezuga ihs." — Als wir kurze Zeit darauf auf dem Marsch nach Orleans waren, äußerte ein Füsilier derselben Kompagnie zu seinen Kameraden: „'s ihs duch narrsch ei dar französischen Sproche, Alles, was de zu assa gibt, fängt mit'n D an." Der Mann hatte so oft gehört „de la viande", „du pain" u. s. w. — Auf demselben Marsche bezogen wir in Houêtre, einem elenden Dorf einige Meilen von Orleans, ein Quartier, das mit zu den ärmlichsten und schlechtesten gehörte, die wir gehabt haben. Die ganze Gegend war durch die seit Monaten dort fouragirenden und kämpfenden Truppen völlig ausgesogen, und besonders schwer hielt es, Brod zu erlangen. Ich lag bei einem alten Tagelöhner-Ehepaar im Quartier und hatte meinem Burschen gesagt, er solle zusehen, wo er Brod auftreibe. Als mir nun der Bursche meinen Morgenkaffee brachte, lag richtig ein tüchtiges Stück Brod dabei, in das ich erfreut hineinbiß. Nicht wenig erstaunt war ich, als ich fand, daß das Brod schon recht alt und vertrocknet, trotzdem aber warm war. Auf meine Frage an den Burschen, wo er denn das Brod her habe, erwiderte er, verschmitzt lächelnd: „Se hoans im Bette gehoat." Meinen Appetit kann man sich denken."

— Aus Wladiwostok im Amurgebiet wird geschrieben: „In der Bucht „Peters des Großen", 5 Werst von der Festung Wladiwostok entfernt, liegt die „Russische Insel", auf welcher eine Abtheilung Infanterie steht und somit den vorgeschobensten Posten des fernen Ostens Rußlands bildet. Ueber das Leben auf dieser Insel bringt die Militärzeitung „Raswjedtschik" nachstehende Schilderung: „Fünf Jahre war die Insel so gut wie vom Festlande abgeschnitten, denn eine regelmäßige Verbindung mit dem letzteren gab es nicht; nur ab und zu ruderten Soldaten in kleinen Booten hin und zurück, und bei hohem Seegange, namentlich im Herbst, fand auch ein Bootverkehr nicht statt. Seit diesem Sommer ist jedoch Abhülfe geschafft: die Insel wurde mit dem Festlande telegraphisch verbunden und täglich langt ein Dampfboot aus Wladiwostok an. Dies hat indeß an dem ursprünglichen Stillleben auf der Insel wenig geändert. Außer dem Militär befinden sich auf der Insel noch einige Chinesen, welche Gemüsebau betreiben, und die einzigen Gefährten der Menschen bilden Pferde und Rinder, die ein russischer Kaufmann hier in den siebziger Jahren sich selbst überließ. Diese Thiere haben sich inzwischen in den Wildnissen der Insel zurechtgefunden, sie sind total wild geworden und haben sich derart vermehrt, daß ganze Heerden derselben die Insel durchstreifen. Auf die wilden Stiere nun machen die Offiziere der Garnison fleißig Jagd, während die Pferde eingefangen und gezahmt werden, und dieser Sport gewährt dem einsamen Leben auf der Insel willkommene Abwechselung. Beiläufig gesagt, zeichnen sich die betreffenden Pferde, die sich das runde Jahr hindurch im Freien aufhalten und im Winter ihr Futter aus dem Schnee scharren, durch ihre hohe Ausdauer und eine außerordentliche Festigkeit ihrer Hufe aus."

Schleswig, 3. Februar. Der Administrator der Spar- und Leihkasse des Kirchspiels Haddeby, Hufner Jepsen-Busdorf, ist wegen großer Unterschlagungen, welche 100 000 Mark betragen sollen, verhaftet worden.

Nassau (Lahn), 3. Februar. Allabendlich sieht man nunmehr den Briefträger mit elektrischem Licht versehen durch die Straßen, treppauf und treppab, wandern. Das Licht, ein Bogenlämpchen mit etwa 7 Zentimeter Durchmesser (Lichtreflex), derart eingerichtet, daß es Elektrizität für zwei Stunden Beleuchtung aufnimmt, wird oberhalb der Brieftasche getragen und durch den Druck auf einen Knopf in und außer Betrieb gesetzt. Die Füllung bezw. Spannung geschieht an der elektrischen Beleuchtungsanstalt des Kurhauses.

D. **Pilsen**, 4. Februar. Der zu sieben Jahren schweren Kerkers verurtheilte Kettensträfling Hunek entsprang nach Sprengung der Fesseln und Thürschlösser als Schornsteinfeger verkleidet aus dem hiesigen Garnisonarrest.

Q. **Philadelphia**, 4. Februar. Eine schreckliche Feuersbrunst zerstörte einen Häuserblock in der Chesnutstraße. Der Materialschaden beträgt zwei Millionen Dollars. Die Zahl der durch Erstickung umgekommenen Personen ist bedeutend.

— (Im Zweifel.) Frau Oberst: „Aber, Karl, ich kann es vor Tabaksqualm kaum mehr aushalten!" — Oberst (indem er seine Pfeife aus dem Munde nimmt): „Friedrich, trag sie hinaus!" — Bursche: „Zu Befehl, Herr Oberst! Die gnädige Frau oder die Pfeife!"

Börsen-Berichte.

Stettin, 4. Februar.

Wetter: Bedeckt. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 779 Millimeter. Wind: West.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilogr. loko 142,00—155,00, per April-Mai 156,75 B., 156,50 G., per Mai-Juni 157,50 B., 157,00 G., per Juni-Juli 158,00 B., per September-Oktober 158,50 B. u. G.

Roggen still, per 1000 Kilogramm loko 121,00—126,00, per April-Mai 126,50 B., 126,00 G., per Mai-Juni 127,50 B., 127,00 G., per Juni-Juli 128,00 B., 128,00 G., per September-Oktober 129,00 B. u. G.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 112,00—118,00 bez.

Spiritus behauptet, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 33,2—33—33,2 bez., Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Nichtamtlich.

Petroleum loko 10,55, Kasse 5/12 Prozent.

Berlin, 4. Februar.

Weizen per Mai 159,00 bis 157,50, per Juli 158,25 per September 159,00.

Roggen per Mai 129,00 bis 127,75, per Juli 128,50, per September 130,00.

Rüböl per Mai 47,20, per Oktober 47,40.

Spiritus loko 70er 34,00, per Februar 70er 38,80, per Mai 70er 39,40, per September 40,10.

Hafer per Mai 121,25.

Mais per Mai 93,50.

Petroleum per Februar 21,00, per März 21,10.

London, 4. Februar. Wetter: Kalt.

Berlin, 4. Februar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	105,90	London kurz	204,55
do. do. 3½%	105,00	London lang	204,65
do. do. 3%	99,40	Amsterdam kurz	168,25
Deutsche Reichsanl. 3%	99,40	Paris kurz	81,05
Pomm. Pfandbriefe 3½%	101,10	Belgien kurz	81 95
do. do. 3%	95,80	Berliner Dampfmühlen	122,00
do. Landescred.-B. 3½%	101,50	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	63,00
Centrallandsch.Pfdbr. 3½%	101,90	„Union", Fabrik chem. Produkte	102,25
do. 3%	96,00	Varziner Papierfabrik	163,60
Italienische Rente	85,25	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,50
do. 3% Eisenb.-Oblig.	52,90	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,50
Ungar Goldrente	103,30	Stett. Stadtanleihe 3½%	102,40
Rumän. 1881er am. Rente	99,75	**Ultimo-Kourse:**	
Serbische 4% 95er Rente	66,20	Disconto-Commandit	217,10
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—	Berliner Handels-Gesellsch.	155,90
Rum. amort. Rente 4%	87,60	Oesterr. Credit	237,75
Russ. Boden-Credit 4½%	104,30	Dynamite Trust	152,75
do. do. von 1880	102,10	Bochumer Gußstahlfabrik	165,00
Mexikan. 6% Goldrente	94,80	Laurahütte	156,20
Oesterr. Banknoten	168,70	Harpener	169,90
Russ. Banknoten Cassa	217,55	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	174,10
do. do. Ultimo	217,00	Dortm. Union St.-Pr. 6%	45,10
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	110,00	Ostpreuß. Südbahn	93,40
do. (100) 4%	—,—	Marienburg-Mlawkabahn	81,00
do. (100) 4%	102,75	Mainzerbahn	124,90
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	101,40	Norddeutscher Lloyd	108,10
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,40	Lombarden	43,10
Stett. Vulc.-Act. Litt. B	139 50	Luxemb. Prince-Henribahn	69,40
Stett. Vulc.-Prioritäten	147,90		
Stettiner Straßenbahn	101,75		
Petersburg kurz	216,40		

Tendenz: Fest.

Paris, 3. Februar. (Schluß-Kourse.) Fest.

	3.	1.
3% amortisirb. Rente	100,80	100,75
3% Rente	102,67½	102,60
Italienische 5% Rente	84,90	84,65
4% ungar. Goldrente	102,50	102,50
4% Russen de 1889	102,40	102,40
3% Russen de 1891	91,85	91,60
4% unifiz. Egypten	—,—	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	61,00	61,37
Convert. Türken	21,72½	20,30
Türkische Loose	110,60	109,68
4% privil. Türk.-Obligationen	466,00	463,00
Franzosen	786,25	775,00
Lombarden	—,—	—,—
Banque ottomane	576,00	568,00
„ de Paris	780,00	777,00
Debeers	646,00	637,00
Credit foncier	670,00	687,00
Huanchaca	73,00	70,00
Meridional-Aktien	600,00	—,—
Rio Tinto-Aktien	452,56	452,50
Suezkanal-Aktien	3300,00	3262,00
Credit Lyonnais	785,00	780,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	393,00	391,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 7/16	122 7/16
Wechsel auf London kurz	25,20½	25,20½
Cheque auf London	25,22	25,22
Wechsel Amsterdam k.	205,37	205,37
„ Wien k.	205,87	205,75
„ Madrid k.	410,75	410,75
„ Italien	8,00	8,12
Robinson-Aktien	242,00	240,00
4% Rumänier	—,—	88,00
5% Rumänier 1893	98,50	98,25
Portugiesen	25,50	25,62½
Portugiesische Tabaksoblig.	480,00	480,00
4% Russen de 1894	66,35	66,00
Langl. Estat.	141,25	140,62
3½% Russ. Anl.	97,20	97,10
Privatdiskont	1¾	1⅝

Hamburg, 3. Februar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg, per Februar 11,70, per März 11,75, per Mai 11,92½, per August 12,15, per Oktober 11,17½, per Dezember 11,15. Behauptet.

Hamburg, 3. Februar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 65,75, per Mai 64,75, per September 61,00, per Dezember 58,00. Ruhig.

Bremen, 3. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Still. Loko 6,20 B. Russisches Petroleum. Loko 6,05 B.

Amsterdam, 3. Februar. Java-Kaffee good ordinary 51,50.

Amsterdam, 3. Februar. Bancazinn 37,00.

Amsterdam, 3. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine steigend, per März 164,00, per Mai 166,00, Roggen loko fest, do. auf Termine fest, per März 109,00, per Mai 110,00, per Juli 110,00, per Oktober 111,00. Rüböl loko 26,12, per Mai 26,00, per Herbst 26,00.

Antwerpen, 3. Februar. Getreidemarkt. Weizen steigend. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Antwerpen, 3. Februar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17,25 Ruhig.

Antwerpen, 3. Februar. Schmalz per Januar 74,00. Margarine ruhig.

Paris, 3. Februar, Nachm. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per Februar 18,90, per März 19,05, per März-Juni 19,45, per Mai-August 19,80. Roggen ruhig, per Februar 10,90, per Mai-August 11,70. Mehl matt, per Februar 40,60, per März 41,05, per März-Juni 41,80, per Mai-August 42,75. Rüböl ruhig, per Februar 55,50, per März 55,75, per März-April 55,50, per Mai-August 55,50. Spiritus ruhig, per Februar 31,25, per März 31,50, per März-April 31,75, per Mai-August 32,50. — Wetter: Milder.

Paris, 3. Februar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 30,50 bis —,—. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 32,87, per März 33,12, per Mai-August 33,75, per Oktober-Januar 31,25.

Havre, 3. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Februar 82,50, per März 81,50, per Mai 80,00. Kaum behauptet.

London, 3. Februar. 96proz. Javazucker 13,62, stetig. Rüben-Rohzucker loko 11 11/16, stetig. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 3. Februar. Chili-Kupfer 43,75, per drei Monat 44,12.

London, 3. Februar. An der Küste — Weizenladung angeboten. — Wetter: Schön.

London, 3. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide fest aber ruhig. Weizen ½—1 Sh. Mehl ½—1 Sh., feinstes bis 2 Sh. höher als vorige Woche. Andere Artikel stetig. Schwimmendes Getreide fest zu Eröffnungspreisen.

Glasgow, 3. Februar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 Sh. — d.

Newyork, 3. Februar. (Anfangs-Kours.) Weizen per Mai 73,50. Mais per Mai 36,87.

Newyork, 3. Februar. Bestand an Weizen 66 734 000 Bushels, do an Mais 11 975 000 Bushels.

Newyork, 3. Februar, Abends 6 Uhr.

	3.	1.
Baumwolle in Newyork	8,25	8,25
do. in Neworleans	7 15/16	8,00
Petroleum Rohes (in Cases)	8,60	8,60
Standard white in Newyork	7,60	7,60
do. in Philadelphia	7,55	7,55
Pipe line Certificates	169,50*	169,00*
Schmalz Western steam	6,00	6,00
do. Lieferung per Februar	—,—	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	3,50	3,50
Weizen fest.		
Rother Winter- loko	83,87	80,25
per Februar	75,50	74,25
per März	76,50	75,25
per Mai	74,37	73,12
per Juli	73,87	72,62
Kaffee Rio Nr. 7 loko	13,00	13,00
per März	12,10	12,45
per Mai	11,50	11,80
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,80	2,80
Mais kaum beh., per Februar	37,25	37,00
per März	—,—	—,—
per Mai	36,87	36,87
Kupfer	10,20	10,20
Zinn	13,40	13,35
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,00

*) nominell.

Chicago, 3. Februar.

	3.	1.
Weizen fest, per Februar	66,37	65,25
per März	—,—	—,—
Mais kaum beh., per Februar	28,37	28⅝
Pork per Februar	10,50	10,60
Speck short clear	5,40	5,40

Woll-Berichte.

Bradford, 3. Februar. Wolle flauer, Croßbreds eher unregelmäßig. Merino fest, englische gefragter, Garne billiger, Stoffe ruhig.

Wasserstand.

* **Stettin**, 4. Februar. Im Revier 5,62 Meter = 17' 11".

Telegraphische Eisberichte.

Memel, 4. Februar. Seetief von Schmelz bis nach See eisfrei.

Pillau, 4. Februar. Haffschifffahrt geschlossen.

Neufahrwasser, 4. Februar. Eisfrei.

Swinemünde, 4. Februar. Haff mit Eisbrecherhülfe passirbar.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 4. Februar. Wie aus Temesvar gemeldet wird, verhaftete die Polizei eine meistens aus wohlhabenden Bauern und Gewerbsleuten bestehende Räuberbande, welche seit Jahren ihr Unwesen getrieben, indem sie Bauerngehöfte ausgeraubt, die Leute auf den Landstraßen überfallen und Gemeindekassen geplündert hat.

Wien, 4. Februar. Nach hier vorliegenden zuverlässigen Pariser Privatmeldungen bereitet die französische Opposition einen großen Schlag gegen den Präsidenten der Republik vor und wird dessen baldiger Sturz in sichere Aussicht gestellt.

Pest, 4. Februar. Aus Siebenbürgen wird ein großer Militär-Befreiungsschwindel gemeldet. Auf Grund von Anzeigen sind bei der Voruntersuchung bereits 18 Personen verhaftet worden, weil sie vor 10 bis 15 Jahren ihrer Militärpflicht nicht genügt haben. Nach Abschluß der gerichtlichen Untersuchung wird die Disziplinaruntersuchung eingeleitet werden, ob bei diesem Schwindel nicht auch höhere Persönlichkeiten mitbetheiligt sind.

Venedig, 4. Februar. Heute ging das Kriegsschiff „Volturno" nach Afrika ab, wo es bei der Erneuerung des Vertrages mit dem Sultan des Somalilandes zugegen sein wird. Der im Jahre 1893 abgeschlossene Vertrag, welcher Italiens Schutz anerkennt, verfällt im Juni dieses Jahres, enthält aber eine Klausel, betr. Erneuerung desselben, von welcher jetzt Gebrauch gemacht werden soll.

Wie „Secolo" wissen will, soll in naher Zukunft eine Uebereinkunft zwischen England, Italien und Oesterreich zu Stande kommen, deren Zweck wäre, die Orientfrage zu lösen.

Sofia, 4. Februar. Die Situation ist ernst, doch ohne Gefahr. Gegen den Fürsten gerichtete Pamphlete werden massenhaft auf den Straßen vertheilt, aber konfiszirt. Selbst die Opposition glaubt, daß die Taufe des Prinzen Boris nunmehr stattfinden wird; dadurch ist auch das Bestehen des Kabinets Stoilow gesichert. Die Fürstin, welche für den Fall der Umtaufe mit ihrer Abreise gedroht hatte, ist zum Nachgeben bewogen worden. In der Sobranje brachte der Präsident zur Kenntniß, daß der Ministerpräsident Stoilow in der heutigen Sitzung, 10 Uhr Vormittags, eine wichtige Mittheilung machen werde.